

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



SV

Misik, Robert
Halbe Freiheit

Warum Freiheit und Gleichheit zusammengehören

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp
978-3-518-06284-5

SV

edition suhrkamp digital

Die edition suhrkamp digital präsentiert kurze, aktualitätsbezogene, thesenstarke Bände, Manifeste, Langreportagen, Dossiers und Features. Alle Titel sind auch als eBook erhältlich. Mehr zur Reihe und den einzelnen Bänden unter: www.editionsuhrkamp.digital.de

Joachim Gauck führte im Frühjahr 2012 mit seinem Bändchen *Freiheit. Ein Plädoyer* wochenlang die Bestsellerliste an. Und ganz allgemein schreiben sich immer mehr konservative und neoliberale Politiker und Publizisten den Wert der Freiheit auf ihre Fahnen. Unbeantwortet bleibt dabei meist die Frage, was damit gemeint ist und wodurch unsere Freiheit heute in den Industrieländern überhaupt bedroht wird. Durch autoritäre Regimes? Zensurbehörden? Wird hier nicht gegen »abgenudelte Gespenster von gestern« gekämpft? Ist es nicht vielmehr so, dass die entscheidenden Freiheiten und Rechte im Zuge der letzten 150 Jahre gerade von Progressiven und Linken gegen konservativen Widerstand erstritten wurden? Warum hat sich die Linke diesen Begriff klauen lassen?

Robert Misik setzt sich pointiert mit dem halbierten, auf die Sphäre der Ökonomie reduzierten liberal-konservativen Freiheitsbegriff auseinander und plädiert für eine neue, progressive Freiheitsbewegung, die sich in einer verunsicherten Gesellschaft dafür einsetzt, dass alle Menschen frei von Angst leben können und die Möglichkeit haben, sich selbst zu verwirklichen: »Freiheit ohne Freiheit von Angst ist halbe Freiheit. Freiheit ohne die Möglichkeit, sie auch zu leben, ist halbe Freiheit.«

Robert Misik, geboren 1966, ist Journalist und politischer Schriftsteller. Er schreibt unter anderem für *die tageszeitung*, die *Berliner Zeitung*, Magazine wie *Falter* und *Profil* und betreibt den Videoblog »FS Misik« auf der Website der Tageszeitung *Der Standard* und bloggt unter www.misik.at. 2009 erhielt er den österreichischen Staatspreis für Kulturpublizistik. Er lebt in Wien.

ROBERT MISIK

Halbe Freiheit

*Warum Freiheit und Gleichheit
zusammengehören*

Umschlagfoto vorn: © akg-images / Erich Lessing
Autorenfoto: © Daniel Novotny

Erste Auflage 2012
edition suhrkamp digital
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag Berlin 2012
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Druck: ■ Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Bureau Johannes Erler
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-06284-5

Inhalt

I. Einleitung: Wie »Freiheit« zu einem polemischen Slogan wurde	7
II. Der Freiheitsbegriff der Neoliberalen und Neokonservativen	13
III. Der progressive Freiheitsbegriff	31
IV. Für eine zeitgenössische Freiheitsbewegung	43

Einleitung: Wie »Freiheit« zu einem polemischen Slogan wurde

Die Welt öffentlicher – also medialer – Großdebatten ist auch eine große Abstumpfungsmaschine, und so haben wir uns längst an einen Sachverhalt gewöhnt, der dennoch höchst erstaunlich ist: dass ausgerechnet konservative Politiker und Publizisten so häufig das Wort »Freiheit« im Munde führen. Das ist nicht erst seit gestern so, aber gerade in den vergangenen Jahren wurde der liberal-konservative Freiheitsjargon allgegenwärtig. Dabei sind immer die gleichen hohlen Phrasen zu hören: dass die Konservativen die »Freiheit« hochhalten würden, wohingegen die Linken und Progressiven doch nur an der »Gleichheit« interessiert seien; dass das Gravitätszentrum der Freiheit die »Wirtschaftsfreiheit« sei, während die Linken hier nichts als »Reglementierung« und unternehmerfeindliche »Umverteilung« im Kopf hätten; dass Linke und Progressive die Bürger in einen Wattebausch packen und in »Sicherheit« wiegen wollten, während Konservative und Liberale mit dem »Abenteuer Freiheit« locken.

All das ist, wie gesagt, nicht wirklich neu, wird aber in den vergangenen Jahren mit aufreizendem Triumphalismus vorge tragen. Das hängt ganz gewiss damit zusammen, dass nach dem Beinahe-Kollaps, den ein unregulierter (oder besser: allein von den großen Finanzmarktakteuren zu ihrem eigenen Vorteil regulierter) Finanzmarktkapitalismus verursacht hat, eine Regulierung der Wirtschaft nun wieder neu auf der politischen Agenda steht; das hat aber auch mit der Frage zu tun, wer eigentlich die Kosten dieses Desasters tragen soll, eine Debatte, die wiederum zu einer härteren Auseinandersetzung über Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit führt.

Einer dieser Liberalkonservativen, der es angesichts dieser Debatten für notwendig hält, ein »Hoch auf die Freiheit« zu singen,

ist der Journalist Rainer Hank, der in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* proklamierte: »Die Freiheit hat es schwer: Lieber schwärmen die Deutschen von Gleichheit und Gerechtigkeit.«¹ Und der neue deutsche Bundespräsident Joachim Gauck stand im Frühjahr mit seinem Essaybüchlein *Freiheit. Ein Plädoyer* monatelang auf Platz eins der Sachbuch-Bestsellerliste.

Schon auf Seite eins seines kleinen Traktats springt Gauck seinen Lesern mit einem verräterischen Satz ins Gesicht:

»Es ist vielmehr meine tiefe Überzeugung, dass die Freiheit das Allerwichtigste im Zusammenleben ist und erst Freiheit unserer Gesellschaft Kultur, Substanz und Inhalt verleiht. Bei vielen Menschen aber, die mir im Land begegnen, vermute ich eine geheime Verfassung, deren virtueller Artikel 1 lautet: »Die Besitzstandswahrung ist unantastbar.««

Dieser einleitende Absatz wäre wohl schon Grund genug, das Buch in die Ecke zu pfeffern und sich nützlicherer Lektüre zuzuwenden. Man weiß bereits jetzt, was einen erwartet: Jene neoliberale Agitation, wie sie alle Tage von Leuten wie Hans-Olaf Henkel in einer der unzähligen Fernsehtalkshows verbreitet wird. Das Wort »Besitzstandswahrung« ist dafür ein sicheres Indiz. Denn das Wort ist ja eine Chiffre. Mit »Besitzstandswahrung« sind schließlich nicht, wie man eigentlich annehmen würde, jene zehn Prozent der obersten Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer gemeint, die rund sechzig Prozent aller Finanz-, Immobilien- und Sachvermögen auf sich konzentrieren und sich mit Zähnen und Klauen wehren, um nur ja keinen Krümel abgeben zu müssen. Als »Besitzstandswahrer« gelten absurderweise immer jene, die in Wirklichkeit überhaupt nichts besitzen, sondern nur kleine Renten, niedrige Löhne, schlanke Stipendien oder Hartz IV beziehen und die Unverfrorenheit besitzen zu murren, wenn man ihnen wieder einmal »nahelegt«, ihre materielle Ausstattung zu »flexibilisieren« und mehr »Eigenverantwortung«

und »Selbsttätigkeit« an den Tag zu legen, indem man ihnen auch noch die letzten Kröten abknöpft.

Weil er so schön das Lied der Freiheit singt, das sich so praktisch als Hintergrundsound zur Sozialstaatszerstörung summen lässt, war Gauck gleich bei allen Neoliberalen und Konservativen lieb Kind. Immerhin muss man dem neuen Präsidenten zugutehalten, dass er schnell gemerkt hat, in welche ideologische Gesellschaft er da zu geraten drohte, weshalb er bei seiner Antrittsrede als Staatsoberhaupt merklich nuanciertere Töne anschlug: »Wir dürfen nicht dulden«, sagte er da,

»dass Kinder ihre Talente nicht entfalten können, weil keine Chancengleichheit existiert. Wir dürfen nicht dulden, dass Menschen den Eindruck haben, Leistung lohne sich für sie nicht mehr und der Aufstieg sei ihnen selbst dann verwehrt, wenn sie sich nach Kräften bemühen. Wir dürfen nicht dulden, dass Menschen den Eindruck haben, sie seien nicht Teil unserer Gesellschaft, weil sie arm oder alt oder behindert sind. Freiheit ist eine notwendige Bedingung von Gerechtigkeit. Denn, was Gerechtigkeit, auch soziale Gerechtigkeit bedeutet und was wir tun müssen, um ihr näher zu kommen, lässt sich nicht paternalistisch anordnen, nur in intensiver demokratischer Diskussion und Debatte klären. Umgekehrt ist das Bemühen um Gerechtigkeit unerlässlich für die Bewahrung der Freiheit. Wenn die Zahl der Menschen wächst, die den Eindruck haben, ihr Staat meine es mit dem Bekenntnis zu einer gerechten Ordnung in der Gesellschaft nicht ernst, sinkt das Vertrauen in die Demokratie. Unser Land muss also ein Land sein, das beides verbindet. Freiheit als Bedingung von Gerechtigkeit und Gerechtigkeit als Bedingung dafür, Freiheit und Selbstverwirklichung erlebbar zu machen.«²

Das klingt nun schon deutlich anders als etwa der haarsträubende Satz, den Gauck ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Finanz-

krise formulierte, als er sagte, »wer ausgerechnet der Wirtschaft die Freiheit nehmen will, wird mehr verlieren als gewinnen« – als hätten wir uns nicht alle zusammen ein großes Schlamassel erspart, hätten wir rechtzeitig ein paar Wirtschaftsakteuren ein wenig von der Freiheit genommen, uns (und sich gegenseitig) zu übervorteilen.

All diese Abhandlungen aus der jüngsten Zeit – und in den vergangenen Jahren gab es eine schier unübersehbare Flut von Büchern mit neokonservativer und liberal-konservativer Ausrichtung, etwa *Die Kultur der Freiheit* des ehemaligen Verfassungsrichters Udo di Fabio³ –, stehen natürlich in einer Tradition des pamphletischen Schrifttums, man denke nur an *Der Weg zur Knechtschaft* des späteren Wirtschaftsnobelpreisträgers Friedrich August von Hayek aus dem Jahr 1943. Darin heißt es: »Schritt für Schritt haben wir jene Freiheit der Wirtschaft aufgegeben, ohne die es persönliche und politische Freiheit nie gegeben hat. Obwohl einige der politischen Denker des 19. Jahrhunderts [...] warnend darauf hingewiesen hatten, dass Sozialismus Sklaverei bedeutet, haben wir uns stetig in diese Richtung bewegt.«⁴

Wohlgemerkt, Hayek hatte da nicht nur den Staatssozialismus in der Sowjetunion vor Augen, sondern ausdrücklich die ersten leisen Schritte zum Aufbau von Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa und Nordamerika. Nun kann man Hayek zugutehalten, dass es damals immerhin noch möglich war, der – irrtümlichen – Ansicht zuzuneigen, Versuche, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, würden allerlei totalitäre Versuchungen nach sich ziehen: einerseits in Form des Sowjetkommunismus; andererseits, weil sich die bürgerlichen Eliten vor lauter Angst vor ersterem in die Arme des Faschismus werfen würden. Das war *in the long run* falsch, aber nicht ganz blöd gedacht. Falsch war es trotzdem, was man jetzt auch schon wieder seit sechzig Jahren wissen könnte.

Das hindert Hayeks Adoranten freilich nicht daran, noch Jahrzehnte später so zu tun, als wären moderate Regulationen der freien Marktwirtschaft und die Versuche von Regierungen,

soziale Zielsetzungen und das Gewinnstreben Einzelner (und der Unternehmen) zum allgemeinen Vorteil auszubalancieren, eine Bedrohung für unsere Freiheit; als wären das wirklich die Freiheitsbedrohungen unserer Zeit; als würde jemand durch die Verpflichtung, Steuern zu zahlen und Lohnnebenkosten abzuführen, in seiner Freiheit beschnitten; als würde irgendwer irgendjemanden auf unbotmäßige Weise daran hindern, das zu tun, was er gerade tun will.

Natürlich gibt es wirtschaftliche Aktivitäten, die vom Staat reguliert werden, sogar manche, die schlechterdings vollends verboten sind. So ist es etwa verboten, mit Drogen zu handeln, und auch der Kauf und Verkauf von Babys ist untersagt. Aber für all diese Verbote gibt es gute Gründe, die auch die Väter des Liberalismus nie bestritten hätten.

Kurzum: Diese Art von Freiheitsbedrohung ist im Augenblick gerade nicht unser Problem. Oder anders gesagt: Die Neokonservativen und Wirtschaftsliberalen bekämpfen andauernd Probleme, die niemand hat, selbst wenn man einräumt, dass sie irgendwann einmal unter anderen gesellschaftlichen Umständen bestanden haben mögen.

Dieses Freiheitspathos des Liberal-Konservatismus zielt primär darauf ab, die Linken und progressiven Kräfte als Befürworter von Gängelung und Unfreiheit zu denunzieren und alle Versuche, mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zu realisieren, als Wege in die Knechtschaft zu verteufeln. Die Argumente, die hier vorgebracht werden, mögen im Einzelnen abstrus sein und den simpelsten logischen Überprüfungen nicht standhalten, dennoch bleibt diese diskursive Strategie nicht ohne Erfolg. Und das ist das eigentlich Absurde an alldem. Die Konservativen waren schließlich nie die großen Vorkämpfer der Freiheit – im Gegenteil, wenn in früheren Zeiten jemand zu laut »Freiheit« gesagt hat (und dieser jemand war fast immer ein Progressiver), haben sie meist nach der Polizei gerufen. Aber während sich die Konservativen heute als Kraft der Freiheit in Pose werfen, ist »Freiheit« nur noch sel-

ten eine zentrale Parole der Progressiven. Und das ist doch erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Linken über Jahrhunderte die Kraft der Freiheit waren: Man erinnere sich nur an die Revolution von 1848/1849, den zähen Kampf um Versammlungs- sowie Meinungsfreiheit und das allgemeine gleiche Wahlrecht, den Sturz von Kaisertum und Monarchien und den Aufbau demokratischer Republiken nach 1918, bei denen sozialdemokratische und andere progressive Kräfte an vorderster Front standen. Oder man denke an Bürgerrechtsbewegungen wie jene der amerikanischen Schwarzen und die Freiheitsenergien von Willy Brandts Slogan »Mehr Demokratie wagen«. Die Linke hat sich den Begriff »Freiheit« in gewisser Weise klauen lassen, oder er ist ihr auf ihrem Weg abhandengekommen. Wie das geschehen konnte und warum die Linken gut daran täten, sich den Freiheitsbegriff neu auf ihre Fahnen zu schreiben, das werde ich in der zweiten Hälfte dieses Essays diskutieren. Zunächst aber möchte ich mich eingehender mit dem Freiheitsbegriff der Neoliberalen und Neokonservativen beschäftigen.

Der Freiheitsbegriff der Neoliberalen und Neokonservativen

Was meinen Konservative eigentlich genau, wenn sie »Freiheit« sagen?⁵ Nun, zum Teil dasselbe wie Liberale, Progressive oder Sozialdemokraten auch, was damit zusammenhängt, dass heute über ein paar Punkte, wie eine lebenswerte Gesellschaft strukturiert sein soll, im Westen Konsens herrscht. So meinen Konservative und Progressive, dass die parlamentarische Demokratie, die jedem Bürger eine Stimme gibt, die beste Regierungsform ist, und dass es möglich sein soll, eine Regierung abzuwählen. Auch in der Einschätzung der Gewaltenteilung herrscht meist Einigkeit, und zwar nicht nur, weil sie sich bewährt hat und weil sie ein effizienter Mechanismus ist, um Machtmissbrauch und Korruption vorzubeugen, sondern nicht zuletzt deshalb, weil die Dezentralisierung der Macht eine unumgängliche Absicherung der Freiheiten des Einzelnen (oder einzelner Bevölkerungsgruppen) darstellt, da sie auf Seiten der Regierungen die Versuchung reduziert, ihre Gegner oder Kritiker zu verfolgen. Sowohl Konservative als auch Progressive sind der gemeinsamen Überzeugung, dass Presse- und Meinungsfreiheit hohe Güter sind. Das ist so sehr Konsens, dass einen heutzutage beispielsweise die Lektüre von John Stuart Mills seitenlanger Abhandlung über »die Freiheit des Gedankens« regelrecht ermüdet. In diesem großen Essay aus dem Jahr 1859 erklärt Mill,⁶ warum die Äußerung noch des abwegigsten Gedankens oder Argumentes erlaubt sein soll, etwa, weil nur die kontroverse Diskussion unterschiedlichster Gesichtspunkte uns der Wahrheit näherbringt. Und selbst wenn die Wahrheit schon entdeckt wäre, würde sie robuster dastehen, wenn sie sich regelmäßig gegen herausfordernde Argumente behaupten müsste. Da heute im Westen niemand mehr auf die Idee käme, eine Zensurbehörde einzurichten, deren Beamte misslie-

bige Argumente verfolgen, ist all das längst geklärt. Hier gibt es keine großen Unterschiede, wenigstens nicht in der Theorie (dass manche Regierungen bisweilen in der Praxis vom Ideal abweichen und dass dies in der Mehrzahl rechtskonservative Regierungen sind, steht auf einem anderen Blatt).

Progressive und Konservative sind sich auch darüber einig, dass »Freiheit« nicht notwendigerweise heißen kann, dass jeder tun darf, was er will. Weder Konservative noch Progressive vertreten die Auffassung, dass man die »Freiheit« haben soll, seinen Nachbarn zu ermorden, und auch für die »Freiheit«, Passanten ins Gesicht zu spucken, setzt sich niemand ein, der bei Trost ist. Üblicherweise lernen schon die Zehnjährigen im Schulunterricht, dass die Freiheit dort enden muss, wo ihr Verhalten die Freiheit eines anderen einschränkt. In der Praxis ist die Sache natürlich komplizierter, weil wir nicht immer direkt, sondern auch indirekt, durch allerlei Fäden mit anderen verbunden sind. Das ist der große Preis, den wir für das Funktionieren komplexer Gesellschaften zahlen müssen. Wenn ich Auto fahre, ohne den Gurt anzulegen, hat es wenig Sinn, mich auf meine »Freiheit« zu berufen, wenngleich dieser riskante Lebensstil niemandem direkt schadet: Wenn ich unangeschnallt gegen einen Baum fahre, sterbe nur ich; und wenn ich in ein entgegenkommendes Auto rase, stirbt zwar möglicherweise ein anderer Autofahrer mit mir, aber nicht deshalb, weil ich nicht angegurtet war. Dennoch nimmt sich das Parlament heraus, eine Gurtpflicht zu erlassen, weil etwa die Gesundheitssysteme dafür aufkommen müssen, wenn ich mich unnötig schwer verletze, was wiederum allen anderen Einzählern Kosten aufbürden würde. Was Fragen wie diese betrifft, gibt es kaum Differenzen zwischen Konservativen und Progressiven, auch wenn sich Konservative und Progressive gelegentlich sehr signifikant darin unterscheiden, welche Liste an Verboten sie favorisieren. So wollen Konservative oft alle Drogen verbieten, während Progressive für möglichst restriktive Waffengesetze sind.

Wir wissen freilich auch, dass die Leitlinie, Freiheit dann einzuschränken, wenn andere geschädigt werden, sehr ausgreifend interpretiert werden und in der Praxis darauf hinauslaufen kann, Menschen einen Lebensstil aufzuzwingen: Das recht umfassende Rauchverbot in Kneipen und anderen öffentlichen Räumen ist so ein Beispiel, bei dem sich die Frage schon aufdrängt, inwiefern der Schutz Dritter ins Verbot für viele umschlägt, »so zu leben, wie es ihnen richtig scheint« (John Stuart Mill).⁷ Wenn Dritte nicht direkt, sondern allenfalls indirekt geschädigt werden, wenn nämlich individuelles Verhalten allgemein erstrebenswerte Ziele beeinträchtigt (eine höhere Lebenserwartung, den Schutz der Umwelt), mag es gewiss gute Gründe geben, Einzelnen ihren Lebensstil »abzugewöhnen«, aber es gibt ebenso gute Gründe, sich gegenüber solchen Maßnahmen ein gehöriges Maß an Skepsis zu bewahren. Doch wie gesagt: In diesen Fragen gibt es heute keine großen, prinzipiellen Differenzen zwischen Konservativen und Progressiven.

*Freiheit, aber ohne Laissez-faire in
lebenskulturellen Fragen*

Nichtsdestoweniger ist der Freiheitsbegriff der Konservativen etwas obskur. Zunächst war das Wort »Freiheit« historisch ja nicht gerade eine zentrale Parole des Konservativismus. Der ältere Konservativismus favorisierte »Ordnung«, und damit meinte er meist das exakte Gegenteil von Freiheit. Man könnte also mit etwas Sarkasmus anmerken, dass der Konservativismus sich die »Freiheit« erst auf seine Fahne geschrieben hat, nachdem andere sie erkämpft haben. Tatsächlich gilt ja, abseits aller Ironie, bis in unsere Zeit: Es gibt kaum ein elementares Freiheitsrecht im Westen, das nicht gegen die Konservativen erkämpft worden wäre, von der Aufhebung der Rassentrennung in den USA bis zur rechtlichen Gleichstellung der Frauen in praktisch allen Ländern

Europas. Noch heute kämpfen Konservative etwa dafür, dass die Homosexuellen-Ehe verboten bleibt, und das mit einer Verve, als ginge es nicht allein um das Recht der Homosexuellen, *auch* heiraten zu dürfen, sondern darum, heterosexuelle Männer *zu zwingen*, Männer zu heiraten. Ohnehin steht die hohe Freiheitsrhetorik der Konservativen in einem seltsamen Missverhältnis zu dem moralisch-sittlichen Verbotsjargon, den sie stets und reflexartig anschlagen. So fordern Konservative, dass der Staat nicht in das Leben seiner Bürger eingreifen soll (komischerweise freilich fast immer nur dann, wenn es um Wirtschaftsregulierung, Steuern und Arbeitnehmerrechte geht), was ja nur einen Sinn ergibt, wenn man der festen Überzeugung ist, dass niemand das Recht hat, über den Lebensstil eines Menschen zu urteilen. Aber gerade Konservative nehmen sich natürlich sehr gerne dieses Recht heraus: Laissez-faire in lebenskulturellen Fragen ist ihre Sache keineswegs, und wenn, dann nur, weil sie keine andere Wahl mehr haben. Da sie sich damit abgefunden haben, dass man etwa ungewaschene Langhaarige nicht ins Gefängnis stecken und auch nicht zwangsweise dem Friseur zuführen darf, murmeln sie jetzt gelegentlich durchaus schon was von »leben und leben lassen«, diese »Toleranz« ist allerdings eher ein fatalistisches Sich-Fügen in das, was ohnehin nicht mehr zu ändern ist. Konservative lieben die doppelte moralische Buchführung. Kluge Konservative wie der unlängst verstorbene US-Soziologe Daniel Bell geben das offen zu: Sie wollen »einerseits wirtschaftliche Freizügigkeit, andererseits Moralvorschriften«. ⁸

Nun könnte man schlussfolgern, Konservative hätten zwar eine Präferenz, wie ein moralisches oder sittliches Leben aussehen sollte, eine Präferenz, die sie in Appellen und moralischen Predigten durchaus zum Ausdruck bringen, sie seien aber gegen kollektive Zwangsmechanismen. Soll heißen: Sie sind gegen einen allzu fürsorglichen Staat. Für die Konformität, die sich die Konservativen wünschen, sollen eher die moralischen Werte sorgen, die in einer Gesellschaft vorherrschen. Dabei nachhelfen sollen

höchstens sanfte zivilgesellschaftliche Kontrollmechanismen, etwa der Gruppendruck, der in Kleinstädten noch gang und gäbe ist. Tatsächlich ist das ja ein schwieriges Problem: Gesellschaften, die total individualisiert sind und in denen die Menschen atomisiert nebeneinander her leben, kann es im Extremfall an jenen Bindekräften und an jenem Konsens fehlen, die ein Gemeinwesen erst funktionstüchtig machen und die auch die Freiheit zum Gedeihen braucht. Selbst John Stuart Mill, der die Freiheit des Individuums wie kein Zweiter hochhielt, hat betont, dass doch immer »die praktische Frage [bleibt], wie der passende Ausgleich zwischen individueller Unabhängigkeit und sozialer Kontrolle zu schaffen wäre«.⁹

Gerade dieser Umstand ist dafür verantwortlich, dass es liberalen Konservativen häufig so leicht fällt, ihre Liberalität über Bord zu werfen und andere Menschen mit ihren konservativen Moralvorstellungen anzuherrschen. Deshalb nehmen sie in Fragen der Zuwanderung und Multiethnizität oft reflexartig Positionen ein, die mit Liberalität wenig zu tun haben und vom rechten Populismus mit bloßem Auge nicht mehr zu unterscheiden sind. Der liberal-konservative Philosoph Leo Strauss hat das in aller Offenheit so formuliert:

»Nur eine Gesellschaft, die klein genug ist, um gegenseitiges Vertrauen zu gestatten, ist klein genug, um gegenseitige Verantwortung und Überwachung zu erlauben – Überwachung von Handlungen oder Sitten, die für eine Gesellschaft, die nach Vervollkommenheit ihrer Mitglieder strebt, unabweislich ist. In einer großen Stadt, in ›Babylon‹, hingegen kann jeder mehr oder weniger nach seinem Belieben leben.«¹⁰

Strauss ist für diese Art nachbarschaftlicher Bespitzelung plus moralischen Druck, weil jeder andere Versuch, Verhalten zu erzwingen, staatliche Maßnahmen voraussetzen würde. So ein Konservativismus will den schnüffelnden Nachbarn als Ersatz

für einen starken Staat. Was all das mit »Freiheit« und »Liberalität« zu tun haben soll, ist mehr als fraglich.

Die Freiheit des privaten Eigentums

Ohnehin aber kreist der Freiheitsbegriff der Neokonservativen und Wirtschaftsliberalen vornehmlich um die Freiheit des privaten Eigentums. Jeder politische Begriff ist in einem bestimmten Sinn »polemisch«, insofern er sich gegen einen anderen Begriff wendet: Und der Freiheitsbegriff, wie ihn die Konservativen und Neoliberalen verstehen, wendet sich gegen den Kollektivismus. Wenn sie »Freiheit« sagen und die Meinung vertreten, der Staat solle möglichst nicht in das Leben der Bürger eingreifen, dann meinen sie in der Regel, der Staat solle die freie ökonomische Tätigkeit der Bürger so wenig wie möglich behindern.

»Wenn man in Bezug auf den Konservatismus an Freiheitsrechte denkt, fällt einem zunächst die *Freiheit* ein, *Privateigentum zu erwerben und zu besitzen*«, schreibt der Philosoph Ted Honderich.¹¹ Ein aktiver Staat, der versucht, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen, eine ambitionierte Bildungspolitik umzusetzen oder ein dichtes Netz an Wohlfahrtsprogrammen bereitzuhalten, die Menschen in Not oder anderen schwierigen Situationen helfen sollen, bedroht aus Sicht der Konservativen diese »Freiheit«, und sie haben sich dafür eine Reihe von Argumenten zurechtgelegt, die manchmal mehr, manchmal weniger logisch aufeinander verweisen.

Zunächst gehen sie davon aus, dass der Wettbewerb unter privaten Wirtschaftssubjekten die effizienteste Art ist, eine Volkswirtschaft zu organisieren. Die Anreizstruktur, die den privatwirtschaftlichen Kapitalismus charakterisiert, sei auch die beste Methode, um dafür zu sorgen, dass Menschen sich anstrengen: Da der Mensch ein *Homo oeconomicus* sei, werde er sich nur ins Zeug legen, wenn man ihm möglichst hohen materiellen Erfolg

in Aussicht stellt. Die »Freiheit« des Marktes sei zudem die beste Voraussetzung dafür, die Talente von möglichst vielen Bürgern zu entwickeln, weil ja nur der, der sich anstrengt, ein besserer Mensch wird (und zwar in fachlicher wie in moralischer Hinsicht). Davon haben alle etwas: der Fleißige, der reich wird, aber letztlich auch die Faulen, die etwas weniger Talentierten oder die, die einfach weniger Glück haben. Schließlich wird eine Volkswirtschaft, in der viele fleißig ihren Eigennutz verfolgen, brummen und prosperieren, so dass es auch den relativ Armen immer noch besser geht als in einer Ökonomie, deren Motor keucht und stottert und die nur geringe Wachstumsraten aufweist.

Wir sehen schon an dieser Stelle, wie schnell und erratisch die liberalen Konservativen den Schalter in ihrer Argumentation oft umlegen: Einerseits wird die Wirtschaftsfreiheit als grundlegender moralischer Wert an sich betrachtet; andererseits wird sie in der Tradition des Utilitarismus als nützlich beschrieben. Gewissermaßen: Egal, wie man die Freiheit im Sinn von Wirtschaftsfreiheit moralisch beurteilen mag, sie führt zu besseren wirtschaftlichen Ergebnissen und ist deshalb gut für alle. Sofern diese Behauptung darauf hinausläuft, eine möglichst unregelte Marktwirtschaft und einen möglichst nicht vorhandenen Sozialstaat zu etablieren, hat sie freilich kaum empirische Evidenzen auf ihrer Seite. Aber dazu später.

Ein aktiver Staat und eine Sozialpolitik, die etwa Arbeitnehmerrechte gesetzlich schützt, sind für Konservative daher in zweifacher Hinsicht ein Übel: Erstens, weil die gesetzlichen Regeln den freien Wettbewerb tendenziell ausschalten oder zumindest behindern. Und zweitens, weil ein aktiver Staat ja Mittel für seinen Aktivismus benötigt: Er braucht Ministerien, Behörden, Beamte, die die Gesetze ausarbeiten und deren Einhaltung überwachen, er benötigt Sozialversicherungsapparate, die die staatlichen Hilfen auszahlen. Und er braucht Geld, um das alles zu bezahlen. Dafür muss er Steuern erheben.

Der Anarchokonservativismus

Mit den Steuern ist das so eine Sache. Steuern sind ja Mittel, die die freien Wirtschaftsbürger durch eigenen Fleiß und Antrieb verdient haben und die ihnen der Staat wegnimmt. Ist das nicht schon ein Angriff auf die Freiheitsrechte, auf die Rechte des Individuums, die kein anderer und keine Gruppe von anderen verletzen darf?

Liberalkonservative berufen sich gerne auf den ultralibertären US-Philosophen Robert Nozick, den man mit gutem Recht als Begründer eines regelrechten »Anarchokonservativismus« bezeichnen kann. Die einzige Art von Staat, die legitimiert werden könne, so Nozick, sei »der Minimalstaat, der sich auf die wesentlichen Funktionen beschränkt, wie die Verteidigung gegen Gewalt, Diebstahl, Betrug, Zwang usw.; ein ausgreifender Staat wird das Recht des Individuums, zu nichts gezwungen zu werden, verletzen«, schreibt Nozick.¹² »Die Besteuerung dessen, was ein Mensch durch Arbeit erworben hat, ist gleichbedeutend mit Zwangsarbeit. Das ist, als würde man eine Person dazu zwingen, *n* Stunden für den Nutzen eines anderen zu arbeiten.«¹³

So weit gehen die allermeisten Neukonservativen nicht. Dass schon das Erheben minimaler Steuern ein Vergehen an der »Freiheit« sei, würden sie in dieser Form nicht behaupten wollen. Schließlich wissen sie, dass der Staat durchaus Dinge tun kann, die für den Einzelnen nützlich sind, die sich aber nur mit kollektiven Anstrengungen umsetzen lassen – ein Einzelner oder eine Gruppe von Einzelnen können bestimmte Aufgaben nicht meistern. Raumfahrt, Autobahnen, der Bau hochqualitativer Spitäler, vor allem auch der Aufbau eines schlagkräftigen Militärs – das geht über die Kräfte der Einzelnen hinaus. Schon Adam Smith, der Vater der klassischen Nationalökonomie, hat darauf hingewiesen, dass es durchaus Leistungen gibt, die »zwar der Gesellschaft als Ganzem höchst nützlich, doch der Art sind, dass sie